

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthhellen Bevölkerung.

Verantwortl. Hr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verantwortl. Hr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Hg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltenen Beilagen oder deren Raum 15 Hg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Hg., auswärtige Anzeigen 20 Hg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 274.

Wittwoch, den 22. November 1905.

12. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Des Bußtages wegen erscheint die nächste Nummer unseres Blattes am Donnerstag nachmittag.

## Eine maßlose Provokation.

Wenn irgend ein Beweis für die völlige Blindheit nötig war, mit der die verantwortlichen Lenker der neu-deutschen inneren und äußeren Politik das Land in unabsehbare Verwicklungen führen, nun ist erbracht. Die deutschen arbeitenden Klassen sind zwar seit jeher an die härtesten Proben einer Skrupellosen, noch nie unterworfenen Herrschaft gewöhnt. Allein eine so brutale Provokation, wie sie in der neuen Flottenvorlage liegt, ist angefaßt der allgemeinen Situation, des weltgeschichtlichen Moments, in der sie dem deutschen Volke präsentiert wird, sogar für den jähigen Kurs etwas Außergewöhnliches. Wie mit einem großen Scheiterhaufen beleuchtet diese neue Zumutung an die Lammesgebild der Arbeiterklasse nach allen Seiten hin den ganzen Wahnsinn der heutigen kapitalistischen Politik, den ganzen Widerstand der heutigen sozialen Zustände.

Seit Wochen und Monaten herrscht in den weitesten Kreisen der proletarischen Bevölkerung Deutschlands direkter Nahrungsmangel. Ganze Schichten fleißiger und ehrlicher Arbeitermänner und Frauen sind durch einen zynischen Streich der agrarischen Besitzpolitik zur Ernährung mit Fleisch abfallen und Mägen, zu langsamem chronischen Verhungern verurteilt. Alle Klagen, alle großartigen Proteste der ungeheuren Volksmasse werden mit kaltem Lächeln von den mit Ministerportefeuilles ausgestatteten Kommiss der agrarischen Sippe abgewiesen.

Und in dem Augenblick, wo die Not sich zu einer öffentlichen Katastrophe gestaltet, wo hunderttausende Proletarier erbarmungslos und reißerisch dem furchtbaren Elend preisgegeben werden, wird gleichzeitig als die erste große Aktion der Regierung und der bürgerlichen Mehrheitsparteien im Reichstage nicht etwa eine Vorlage zur Ausgestaltung der eintägigen Sozialgesetzgebung, nicht ein Notstandsgesetz zur Rettung der Unzahl bedrohter proletarischer Existenzen, nicht die schmerzliche Öffnung der Grenze im Osten, sondern — eine Mehrforderung von einer halben Milliarde Mark für Panzerkreuzer, Torpedobomben und Vermehrung der Marineinfanterie angekündigt! Auf das härteste Stück des industriellen Raubzuges aufgetrieben, nachdem die Volksmasse von den Obletern geweißelt worden, wird sie zum „Ausgleich der Interessen“ nunmehr einer Handvoll Panzerpatentfabrikanten und dem sozialen Häuflein, direkter Interessenten unterer Flotten- und Weltpolitik als maßloses Objekt vorgeworfen.

Doch nicht genug. Die neue unheimliche Vermehrung der Ausgaben für eine abenteuerliche Welt- und Kolonialpolitik wird dem deutschen Volke gerade in einem Augenblick zugemutet, wo neue grauenvolle Enthaltungen über die wilde Noth der kapitalistischen Kolonialpolitik in den französischen wie in den belgischen Kolonien jede Unterstützung dieses barbarischen Treibens nicht nur zu einem wirtschaftlich und politisch verhängnisvollen, sondern auch zu einem verbrecherischen Unternehmen stampeln. Noch mehr: der neue Sturzlauf einer unverantwortlichen und kopflosen Flottenkauferei wagt sich gerade in dem Moment hervor, wo ein kaum abgeklungenes blutiges Drama der Weltpolitik im fernem Osten auch dem Wüdehaken die Augen darauf öffnet, wie sehr die Sozialdemokratie mit ihren Warnungen vor den furchtbaren Gefahren des weltpolitischen Militarismus recht hatte. Jeder halbwegs zurechnungsfähige Politiker muß sich darüber klar sein, daß der Ausgang des russisch-japanischen Krieges nicht etwa ein Abschluß, sondern umgekehrt bloß der Beginn eines neuen Kapitels weltpolitischer Kämpfe und Kämpfe im Osten ist, die je weiter, je unübersehbarer, je gewaltiger werden. Sich in diesen tobenden Strudel durch maß- und endlose Rüstungen fürzen, zugleich aber in der ohnehin gespannten internationalen Lage, nach dem jüngsten Parollfortschritt, durch provokatorische Flottenvermehrungen neue Konfliktmomente schaffen, das ist ein freudloses Spiel mit den Schicksalen der Millionen, wie es davon sogar in Preußen-Deutschland nicht viel Beispiele gibt.

Allein das wichtigste Moment ist: Der herbe Faustschlag der herrschenden kapitalistischen Interessenspolitik wird dem deutschen Proletariat gerade in dem Augenblick verabreicht, wo vom Osten die schönsten Blitze und das herrlichste Donnerwetter der russischen Revolution in die dumpfe Dunkelkammer der preussisch-deutschen Rückständigkeit herüberleuchten und alle schwarzen Winkel der häuslichen Barocke mit erschreckender Deutlichkeit aufzeigen. Die russische Revolution ist, wie jeder denkende Politiker, jeder ernste soziale Beobachter weiß, bloß der Prolog einer stürmischen Periode scharfer Klassenkämpfe in allen kapitalistischen Staaten. Deutschland ist vielleicht der Nächste an der Reihe dieser Staaten, in denen eine langjährige skrupellose Klassenherr-

schaft von der Volksmasse zur Rechenschaft gezogen wird. Und eben jetzt bezieht sich die deutsche Regierung, mit Hilfe der bürgerlichen Parteien der Arbeiterklasse vorzubemerkenden, daß sie nicht im Traume daran denkt, dem herausziehenden internationalen Volksgewitter etwa durch eine demokratische, fortschrittliche Haltung der inneren politischen Zustände den Wind aus den Segeln zu nehmen, den Sturm hinauszuschieben, ihn milde zu gestalten. Im Gegenteil: mit neuen Rüstungen zu Lande und zu Wasser wird das arbeitende Volk Deutschlands jaft in dem Augenblicke traktiert, als die russische Revolution ihm wieder einmal die alte Wahrheit unter Blutströmen illustriert, daß der Militarismus und Marinismus von der herrschenden Reaktion stets und überall vor allem nicht gegen den äußeren, sondern gegen den inneren Feind, nicht als Schutzwall des „Vaterlandes“, sondern als Bollwerk der Klassen- und der dynastischen Herrschaft gebraucht wird.

Weiter: Die neue Flottenvorlage ist nur eine „Ergänzung“ zu dem großen Flottengesetz vom Jahre 1900 mit dem Deutschland den ersten waghalsigen Sprung ins Verderben einer uralten abenteuerlichen Weltpolitik getan hat. Diese „Ergänzung“ ist aber, wie auch die früheren, nichts anderes als eine hysterische Vernichtung, eine Illustrierung des verfassungsmäßigen Bewilligungsrechts der Volksvertretung. Der Reichstag beschließt in seiner bürgerlichen Majorität ein Flottengesetz, eine bestimmte finanzielle Aufwendung, damit nach einem, nach zwei Jahren die Regierung mit neuen „Ergänzungen“ zu dem Gesetz herausschickt, die wieder von der bürgerlichen Majorität unter dem Vorwand bewilligt werden, daß man durch den bereits begonnenen Bau der neuen Flotte vor ein fait accompli, vor eine fertige Tatsache gestellt sei, so daß die „unvorhergesehenen“ Erhöhungen ihrer Kosten gewissermaßen dem Volke ohne weiteres wie eine Bittelle auf die Brust gelegt wird. Die Reichstagsdebatten, die Annahme und die Freilegung neuer Flotten- und Militärgeetze verwandelt sich dadurch in eine schale Farce, an der die „liberalen“ Vertreter des parlamentarischen Rechtsismus Geschmack finden mögen, die aber der Arbeiterklasse nur Elend und Abjagen einflößen kann. Und nun gerade angefaßt der grandiosen ersten Probe auf eine revolutionäre Massenaktion des modernen Proletariats in Rußland, stößt die deutsche Regierung nicht besser zu tun, als den deutschen Parlamentarismus vor aller Welt wieder einmal zu verhöhnen, dem deutschen Proletariat mit einem Fingerzeig auf den Tempel der bürgerlichen „Gefühlsgebunden“ Geschwähigkeit wieder einmal deutlich zuzurufen: Was alle Hoffnung fahren!

Und noch eins! In keinem Stück der heute geltenden Reaktionspolitik des Deutschen Reiches ist der enge Zusammenhang mit der Monarchie, mit dem persönlichen Regiment so stark und so klar zum Vorschein gebracht, wie gerade in der weltpolitischen Schwärmerie. Das deutsche Proletariat weiß zu gut, daß es „unser herrliche Flotte“ demselben Kurs verdankt, wie die unbergeliche Buchhausvorlage. Und nun meldet sich dieses spezielle Schöpfkind des persönlichen Regiments, der Willkürbruder des deutschen Militarismus: die Flottenpolitik, wiederum in einem Augenblick, wo von Rußland her das ganze brandende Stimmengewirr der Revolution immer mehr und mehr von dem mächtigen Donner- ruf überdacht wird: Es lebe die Republik!

Die neue Flottenvorlage, „nehmt alles nur in allem“, ist ein schlagender Beweis, daß die herrschende Politik in Deutschland blindlings mit verhängten Jägeln drauflosläuft, ohne die geringste warnende Ahnung von den großen und gewaltigen Dingen zu haben, die da rings herum vor sich gehen. Denn mit der einen Warnung hätte schließlich die russische Revolution den leitenden Politikern und Parteien Deutschlands doch dienen sollen: sie hat gerade in den letzten Tagen gezeigt, daß in jenen großen historischen Momenten, wo das Maß voll wird und nach Hegelschem Ausdruck „die Quantität in die Qualität übergeht“, auch der innere zwiespältige Charakter des Militärs umschlägt, der Soldat und Matrose wird aus einem gebrüllten Werkzeug der Reaktion zum — freilebenden Bürger und zum treuen Sohn des Volkes. Hätten unsere Flottenschwärmer für die gewaltigen Lehren der Zeitgeschichte noch ein offenes Ohr, sie müßten das Wort des wankenden „Admirals des Stillen Ozeans“ und seiner untergehenden Kommando hören, die der ganzen internationalen Reaktion warnend räumen: Morituri te salutant — dem Tode Geweihte entbieten euch ihren Gruß!

## Weltliche Grundfragen.

Deutschland

Mit dem Gelde der Steuerzahler wird in Deutschland gewirtschaftet, als ob vor statt der vielen Milliarden Schulden ebenso viel Vermögen hätten. Nicht allein, daß man für den Bau neuer Schlachtschiffe Millionen Mark verpulvert, nicht allein, daß für die zwecklose Kolonialabenteuerei in Ost und Westafrika enorme Summen zum Fenster hinausgeworfen werden — jetzt soll das Kolonialamt außer dem Minister auch noch einen Unter-

staatssekretär erhalten und zwar — auf Wunsch des neuen erbsprinzlichen Kolonialministers. Dieser gute Mann, der jedenfalls glaubt, daß der deutsche Reichsfiskus verhältnismäßig ebenso gut gepflegt ist wie seine eigene Schatulle, „wünscht“ wünscht zum Unterstaatssekretär den toburghischen Staatsminister a. D. Dr. Pentig. Und die maßgebenden Stellen werden diesem Wunsche entsprechen. Was scheert sie auch die enorme Schuldenlast des Reiches!

Der Reichstagsabgeordnete Max Schippel hat einem Wolffischen Telegramm zufolge sein Mandat (Reichstagswahlkreis Chemnitz) niedergelegt. — Wir warten, ehe wir uns zur Sache äußern, die Erklärung der in Betracht kommenden Parteien an.

Deutsches Volk, seene Dich! Zur Begründung der demächst erscheinenden Gesetzesvorlage einer Reichsfinanzreform wird offiziell darauf hingewiesen, daß bei einem Defizit von 80 — 90 Millionen Mark im Reichshaushalt an neuen Reichseinnahmen 245 — 255 Millionen erforderlich seien. — Da wird das arbeitende Volk den Schwärzern noch ärmer anziehen müssen!

Die Gründung einer „deutschen Liga für die weltliche Schule“ regt Dr. Penzig, ein bekanntes Mitglied der Gesellschaft für ethische Kultur in der „Berl. Volksztg.“ an. — So gut der Gedanke ist, so zweifelhaft ist auch seine Verwirklichung angesichts des Strebens der herrschenden Klassen, die Schule durch weitere Verminderung und Verpföpfung immer mehr in ihren Dienst zu stellen. Wer dem Gedanken der Verweltlichung der Schule zum Siege verhelfen will, der muß seine ganzen Kräfte in den Dienst der Menschheit stellen, d. h. als Sozialdemokrat kämpfen um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung!

Die Wahlrechtsdemonstrationen, die am Sonnabend und Sonntag in Sachsen stattfanden, nahmen einen außerordentlichen Verlauf. In Dresden und Umgebung fanden 23, in Leipzig 6 und in 11. Wahlkreise 11 überfüllte Protestversammlungen statt. In Leipzig fand nach den Versammlungen ein Demonstrationzug nach der Wohnung des Oberbürgermeisters statt, an dem rund 50 000 Menschen teilnahmen. Auch hier verlief alles in voller Ruhe, trotzdem das Militär in Sachsen am Demonstrationstage in den Kasernen konfiguriert und sämtliche Wachmannschaften mit je 40 scharfen Partionen versehen waren. In ruhiger, aber auch entschiedener Weise hat das sächsische Proletariat seinen Willen dokumentiert, seinen Willen, der sich kurz zusammenfassen läßt in dem einen Satz: Nieder mit dem Dreiklassen-Unrecht!

Schönstedt hat erst am 13. d. M. sein Abschieds-gesuch eingereicht, das nunmehr auch genehmigt ist. — Lucanus braucht den Schönstedt also nicht erst zu holen.

Wie der Tabak bluten soll. Nach der „Süddeutschen Tabakzeitung“ sind infolge dringenden Ersuchens sächsischer Regierungen einige Sätze der Tabaksteuer-Vorlage abgeändert worden. Für inländischen Tabak ist nach dem Statte der Zoll von 45 Mk. auf 63 Mk. für den Doppelzentner, für ausländischen von 85 auf 110, für andere Rohabake und für Zigarren von 85 auf 125 hinaufgesetzt worden. Die Papierstempelsteuer bleibt 2 Mk. für 1000 Blättchen. Der Zoll auf ausländische Fabrikate ist für Zigarren auf 700 Mk. für Zigaretten auf 800 Mk. für den Doppelzentner festgesetzt worden. Die sächsischen Regierungen wollten für die Steuererhöhung des inländischen Tabaks nicht länger hinauf als 57 Mk., Preußen verlangte 70 Mk., Sachsen 80 Mk. Für die Zigarettenpapierstempelsteuer ist eine in Düsseldorf konstruierte Stempelmaschine in der Reichsdruckerei aufgestellt worden. Für die Wasserstempelung ist das französische System angenommen worden. — Trotz der „Rohdifikationen“ bleiben die angebrochten Steuerbelastungen der Tabakindustrie eine Gefahr für Tausende der in ihr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Hendrik Witbooi, einst deutscher Schützling und Vorkämpfer in Afrika, ist beim Ueberfall eines Beschäftigten-repions in Südwestafrika durch einen schweren Schlag in den Oberschenkel verwundet worden, hat am 2. November die Wahl seines Sohnes Samuel Jhaat zum Kapitän vernommen und ist am 3. November infolge der Verwundung gestorben. — Die Kriegerzeit im schwarzen Erdteil aber wird weitergeführt werden, weil die maßgebenden Personen in Deutschland es so wollen.

Zur Steuerung der Fleischnot hat der Rat der Stadt Leipzig beschlossen, die Einfuhr von geschlachteten Baloscher Schweinen und von geschlachteten holländischen Vieh auf den städtischen Schlachthof zuzulassen. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Im Schwarzburg-Rudolstädter Landtage mit seiner vollen sozialdemokratischen Hälfte bereiten sich interessante Dinge vor. Wie, um unsere Genossen heranzufordern, wird für den aus seiner entweihten Residenz abgereisten Fürsten eine Erhöhung der Appanage von 268 000 Mark auf 300 000 Mk. verlangt mit der Begründung, daß







Beim § 41 beantragt die Kommission, die Bestimmung, nach welcher das Gewerbegericht auf Ansuchen des Senates verpflichtet ist, Gutachten zu erstatten, zu streichen. Senator Dr. Fehling bittet, den Passus bestehen zu lassen, der dem Reichsgesetz entnommen ist, und der sich in fast allen Gewerbegerichtsgeetzen befindet.

Rosenquitt tritt für die Streichung ein. Im Gewerbegericht sind die Arbeitnehmer der Sozialdemokraten und die Würden auch bei Erstattung von Gutachten ihre Interessen vertreten. Zur Erstattung von Gutachten solle man nur die Gewerbetreibenden heranziehen. Vom Senatstische und von Dr. Levertüch wurde angeführt, daß die Gutachten dadurch gerade wertvoll würden, wenn sie auch die Meinung der Arbeiter enthalten.

Schließlich wurde die Senatsvorlage mit einer von Schorer beantragten redaktionellen Änderung angenommen.

§ 45 legt dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts die Verpflichtung auf, nach Klarstellung des Sachverhalts auf einen Vergleich hinzuwirken. Die Kommission will diesen Satz streichen.

Dr. Levertüch wendet sich hiergegen. Gerade diese Bestimmung sei geeignet, sozialpolitisch und versöhnend auf beide Parteien zu wirken. Das Gewerbegericht sei ein Einigungsamt im Kleinen. Selbstverständlich würden Sachen von prinzipieller Bedeutung entschieden werden.

Rosenquitt tritt für Streichung des Vergleichsparagrafen ein. Die Arbeiter gingen, bevor sie sich an das Gewerbegericht wenden, erst nach der Johannisstraße und dort würde ihnen stets geraten, nur zu klagen. Etwas würden sie ja immer erhalten. Angeht die Sachlage bezahlten viele Arbeitgeber lieber gleich die Forderungen, als daß sie zum Gewerbegericht gingen. Der Vergleich falle fast immer zum Nachteil der Arbeitgeber aus. Schorer stimmt Rosenquitt zu. Das Gewerbegericht sei dazu da, um Recht zu sprechen.

Senator Dr. Fehling tritt für die Fassung der Senatsvorlage ein. Wenn man auch den Satz streichen würde, so sei damit doch nichts erreicht, denn ein gutes Gewerbegerichtsvorsitzender würde doch immer erst einen Vergleich anzubahnen versuchen.

Dobberstein empfiehlt die öffentliche Rechtsauskunftsstelle zur Benutzung; sie sei das Gegengewicht der Johannisstraße. Die weiteren Ausführungen des Redners entbehren des zum Verständnis nötigen Zusammenhangs.

Senator Dr. Fehling fragt Dobberstein, ob er für oder gegen die Senatsvorlage gesprochen habe. (Weiterkeit.)

Dobberstein: Selbstverständlich dafür. (Große Heiterkeit.)

Dr. Gärh befürwortet die Senatsvorlage. Man wolle sich anscheinend in bewusstem Gegensatz zum Reichsgesetz setzen. Handwerker, die sich im Recht befinden, werden ihre Ansicht schon zu vertreten wissen.

Oldenburg ist für die Bestimmung der Senatsvorlage. Das Gewerbegericht solle schnell Recht sprechen, deshalb sei es nicht mit den ordentlichen Gerichten zu vergleichen. Ueber das Vergleichsverfahren sind bisher auch keine Klagen erhoben worden. Es sei gut, daß unser Gewerbegericht nicht dem Verband deutscher Gewerbegerichte angehöre. Die Gefahr läge nahe, daß man durch denselben zu einer handwerksmäßigen Rechtsprechung kommen könne. Es sei besser, wenn die Vorsitzenden der Gewerbegerichte weniger Sozialpolitik trieben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte findet hierauf Annahme.

In der Gesamtabstimmung wird die Senatsvorlage angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft das Spezialprojekt für den Neubau einer Zentralstrafanstalt. Kosten 145 000 Mk.

Dr. Wittern kommt hierbei auf Mängel im Strafvollzug zu sprechen. Da das Landgericht auch für das Fürsorgeamt zuständig sei, so müssen in Lübeck Verurteilte manchmal ihre Strafe in Wechsa verüben. Hier sei es vorgekommen, daß ein schulpflichtiger Knabe, der wegen zweier geringfügiger Diebstähle zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, lange Zeit in einer Zelle mit einem wegen Mordanschlags zu 12 Jahren Zuchthaus und einem wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 2 Jahren Gefängnis verurteilten Verbrecher eingesperrt worden ist. Das hätte ein Beamter bemerkt und bemerkt, daß der Sittensverbrecher auf andere Mitgefangene einen schlechten Einfluß ausgeübt hat, indem er an seinen Mitgefangenen unzüchtige Handlungen vorgenommen hat. Hier sei an der Seele des Kindes schwer gekündigt worden. Es würde sich empfehlen, um solchen Fällen vorzubeugen, die Zellen für jugendliche Gefangene zu vermehren.

Senator Dr. Schön erklärt, daß die hiesigen Behörden keine Schuld an dem von Dr. Wittern gerügten Fall tragen. Bei uns befinden sich überhaupt sehr wenig jugendliche Missetäter im Gefängnis, weil das Recht der bedingten Begnadigung häufig zur Anwendung komme. Die vorhandenen Zellen genügen für die jugendlichen Gefangenen.

Dr. Wenda bemerkt, daß in Lübeck die gesetzlichen Vorschriften gewissenhaft ausgeführt würden. Der von Dr. Wittern angeführte Fall sei an das oldenburgische Justizministerium berichtet worden. Mehr habe man in dieser Sache nicht können.

Nach weiteren unwesentlichen Erörterungen wurde die Senatsvorlage angenommen.

Debatte los genehmigt wurde der Senatsantrag, betr. Erhöhung der Bezüge der Seniorin und der Konventualinnen erster Klasse des St. Johannis-Jungfrauenklosters.

Beim folgenden Senatsantrag: Einrichtung des Hauses Königstraße Nr. 77 für die Zwecke der kaufmännischen Fortbildungsschule, bittet

Dr. Wittern, die Vorlage abzulehnen, da das Ge-

äude für den Zweck nicht genüge. Mindestens sei eine kommunizierende Beratung notwendig. Weiter bemängelt Redner, daß dies Haus zu Schulzwecken benutzt werden solle, das eigentlich in die neue Fluchlinie zurückgerückt werden sollte.

Senator Dr. Schön bittet dringend um die sofortige Annahme der Senatsvorlage.

Nach weiteren belanglosen Bemerkungen wird der Senatsantrag angenommen. Ebenso der Senatsantrag, betr. Abänderung des Gesetzes vom 16. Juni 1885, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen von Beamten.

Schluß der Sitzung 10 Uhr.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 21. November 1906.

**Achtung, Maurer!** In der heute abend stattfindenden Mitglieder-Versammlung wird der Verbandsvorsitzende, Genosse Pömelburg über das zeitgemäße Thema: „Barzei und Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung des Massenstreiks“ sprechen. Hoffentlich erscheinen die Kollegen recht zahlreich.

**Kelkame für die Fleischwucherer** macht unser Amtsblatt. Es bringt im lokalen Teil folgende Notiz: „Eine große Versammlung aller Landwirte von Lübeck und Umgegend findet am kommenden Donnerstag im Konzerthaus Fünfhausen statt, in welcher Herr Schlieper vom Bund der Landwirte einen Vortrag über die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Landwirte, die Berliner Milchzentrale, das Fleischnotgeschrei und die Viehzentrale halten wird. Dieser Versammlung voraus geht eine Versammlung der Genossenschaft für Milchverwertung.“ — Angesichts der Notlage, die hier wie anderorts durch die hohen Fleischpreise hervorgerufen ist, und die in den monatlichen Schlachthofberichten ihre Bestätigung findet, ist es eine direkte Verhöhnung weiter Volkskreise, wenn von einem Fleischnotgeschrei geschrieben wird. Und einer solchen schmutzigen Kelkame macht sich das amtliche Organ unserer Stadt schuldig. Es hofft vielleicht, sich dadurch einige Abonnenten im ländlichen Großgrundbesitz zu ergattern. Daß das Blatt Abonnenten nötig hat, ist allbekannt; es gibt jedoch hoffentlich anständigere Gelegenheiten, sich solche zu erwerben. Wie die angeblich nationalliberalen „Lübeckischen Anzeigen“ ihre Stellungnahme für den Fleischwucherer begründen werden, ist uns vorläufig unklar; sie werden jedoch schon irgend eine saule Ausrede finden.

**Der dritte Teilbetrag der Einkommensteuer** für das Jahr 1905/06 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzittels für die Vorstadt St. Lorenz, die Landbeirke und Travemünde sind, in der Zeit vom 21. bis 30. November d. Js. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

**Anforderung.** Am Dienstag, den 14. November, morgens 20 Minuten vor 6 Uhr ist auf dem Wege am Stadtgraben zwischen Bahnhof und Klopbrücke ein Arbeiter der Thiel'schen Fabrik durch ein über den Erdboden hervorragendes Rohr zu Fall gekommen und hat eine ernsthafte Verletzung des Kopfes erlitten. Ein Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-AG, die den Schaden verursacht hat, ist verpflichtet, die Kosten der Verletzung zu übernehmen. Ein Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-AG, die den Schaden verursacht hat, ist verpflichtet, die Kosten der Verletzung zu übernehmen.

**Stadttheater.** Mittwoch bleibt das Theater des Ruhetages wegen geschlossen. — Donnerstag geht eine Novität: „Augen rechts“, Komödie in 3 Akten von Jon Lehmann, in Szene. — Freitag wird, vielfachen Anfragen entsprechend, „Hoffmanns Erzählungen“ gegeben. — Samstag geht als 3. Schiller-Klassiker-Vorstellung „Ein Sommer nachts Traum“ von Schopenhauer in Szene.

**Auguste Frasch-Grevenberg**, die auch hier bestens akkreditierte und bekannte Darstellerin, wird kommenden Montag und Dienstag in zwei verschiedenen Stücken gastieren. Wie wir hören, findet das Gastspiel im Abonnement statt und zwar zu gewöhnlichen Opernpreisen.

**Zum Untergang des Lübecker Dampfers „Sordstein“** wurde der Rederei vom deutschen Konsul in Wisby nähere Einzelheiten berichtet: Wahrscheinlich infolge Schneetreibens ist das Feuer von Faro unsichtig geworden und der Dampfer auf dem nördlich gelegenen Salvoress gestrandet. Nachdem das Schiff gegen zwanzig Mal aufgehoben war, ist es durch eine schwere See wieder vom Riff abgeschleudert worden und dann in der gleich hinter demselben befindlichen großen Tiefe von ca. 70 Metern gesunken. Den sechs geretteten Leuten ist es gelungen, in einem Boote von dem Dampfer frei zu kommen, während das zweite Boot schon an Deck zertrümmert wurde und die übrigen zwei Boote jedenfalls infolge der eingetretenen Schlagseite von der zurückgebliebenen Besatzung nicht erreicht werden konnten. Die Geretteten, welche sehr unter der Kälte zu leiden hatten, sind vollständig erschöpft in Fardfund aufgenommen und mit neuen Kleidern versehen worden. Da sämtliche Schiffs-papiere mit verloren gegangen sind, hat die Rederei die genauen Namen der Bergungsläden noch nicht ermitteln können, es sind jedoch Nachforschungen bei den verschiedenen Musterungsbehörden angestellt. An eine Hebung des Dampfers ist unter diesen Umständen nicht zu denken, so daß die Versicherung den Totalverlust von 590 000 Mk. zu tragen haben wird.

**Konkursöffnung.** Ueber den Nachlaß der am 16. Mai 1905 zu Lübeck verstorbenen Witwe des Arbeiters August Johann Karl Bloch, Henriette Elise geb. Gahn, ist am 20. November 1905, nachmittags 12 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Referendar Dr. Gehard in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

**pb. Hausfriedensbrüche.** Gegen einen hiesigen Arbeiter, der sich ohne Befugnis in der Wohnung einer Witwe

aufhielt, und sich auf deren Aufforderung nicht entfernte, wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet. Ein Baumunternehmer erstattete gegen 3 Arbeiter, wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung, Anzeige.

**pb. Diebstahl.** In den letzten Tagen wurde von dem Korridor eines an der Mägdenstraße belegenen Hauses ein schwarzer Winter-Überzieher mit Sammetragen, Hornknöpfen und schwarz und gelb kariertem Futter gestohlen.

**pb. Festgenommen** wurde ein fremder Schuhmacher-geselle, der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Prenzlau wegen Sittlichkeitsverbrechens fleckdriestlich verurteilt wurde.

**Hamburg. Kohlen-gasvergiftung.** Der Friseur Hansel und der Schneidergeselle Spichal, die in der Kapellenstraße 28. 4. Etage, gemeinsam ein Zimmer bewohnten, wurden am Sonntag vormittag gegen 9 1/2 Uhr von ihrer Wirtin, als sie ihnen den Kaffee bringen wollte, bewusstlos in ihren Betten aufgefunden. Ein herbeigerufener Arzt stellte Kohlen-gasvergiftung fest und sorgte für die Ueberführung der Leute ins St. Georg's Krankenhaus. Allem Anschein nach liegt ein Unglücksfall vor. Die Wirtin hat einen in dem fraglichen Zimmer befindlichen Ofen am Sonnabend abend gegen 8 Uhr angeheizt, die Ofentür jedoch offen gelassen. Etwas um 12 Uhr nachts kehrten Hansel und Spichal von einem Ausflug heim. Nach Ausstieg eines anderen Einlogierers, der neben ihnen wohnte, haben sich beide noch längere Zeit lebhaft unterhalten. Wahrscheinlich haben sie, bevor sie zu Bett gingen, die Ofentür zugemacht, obgleich die im Ofen befindlichen Kohlenstücke noch nicht durchgebrannt waren. Dadurch haben sich Kohlen-gas entwickelt, die in das Zimmer strömten und die Vergiftung der Schlafenden verursachten. Bei der durch die Polizei-behörde vorgenommenen Untersuchung fand man die Ofentür geschlossen; im Ofen befanden sich angebrannte Kohlenstücke. Der Schneider Spichal ist inzwischen im St. Georg's Krankenhaus verstorben. Der Barbier- und Friseurgeselle Hansel ist noch am Leben.

**Hamburg. Majestätsbeleidigung.** Unter der Anklage der wiederholten Majestätsbeleidigung stand der Konditorgehilfe Juchta vor dem Landgericht. Der Angeklagte, der seit März d. J. bei einem Bäckermeister in Arbeit stand, soll im Mai d. J. in der Backstube wiederholt heftige Reden angesetzt und bei dieser Gelegenheit auch wiederholt private Neußerungen mit Bezug auf die Person des deutschen Kaisers und des Kronprinzen gemacht haben. Der Angeklagte bestreitet, beleidigende Neußerungen gemacht zu haben. Auf Grund der unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundenen Beweisaufnahme sah der Staatsanwalt den Angeklagten für überführt an und beantragte eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis und beschloß seine sofortige Verhaftung.

**Warna. Großfeuer.** Am Sonnabend abend brannte die Maschinenfabrik von Müller u. Binsfeld bis auf die Grundmauern nieder. Da fast Windstille herrschte und die Feuerwehr bald in Tätigkeit trat, blieben die anliegenden Häuser vom Feuer verschont. Kostbare Maschinen und wertvolle Modelle wurden ein Raub der Flammen.

**Bremen.** Die Rettungsstation Langeroo der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert vom 19. d. Mts.: Von dem hier gestrandeten deutschen Fischdampfer „Aufringer“, Kapitän Dönies, aus See nach Gesehmünde bestimmt, sind zehn Personen durch das Rettungsboot „Reichspol“ der Weststation gerettet worden.

**Wilhelmshaven. Großfeuer.** Gestern mittag kurz nach 12 Uhr brach auf dem allgemeinen Betriebsplatz der Kaiserlichen Werft Feuer aus, durch das etwa 12 Holzschuppen eingeäschert wurden. Die Werftfeuerwehr, die sofort nach der Brandstille abrückte, war hauptsächlich auf die Erhaltung der Nachbargebäude bedacht. Die Ursache des Brandes ist bis jetzt noch nicht festgestellt worden.

### SEITE DREI

**Swinemünde. Ersticht.** Montag vormittag ist die neunzehnjährige Schwägerin des Gastwirts Heinicke durch dem Ofen entströmendes Gas ersticht; die in demselben Raume schlafende Schwiegermutter des Heinicke wurde in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Es ist wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. Es liegt ein Unglücksfall vor.

**Ritischen (Oberlausitz).** Drei Kinder ertrunken. In Weißwasser sind drei Kinder, darunter zwei Geschwister, im Alter von 8, 10 und 11 Jahren in einem Teich ertrunken.

**Dortmund.** Ein schwerer Grubenunfall. Beim Auslegen eines neuen Förderseils im Schacht 1 der Zeche „Kaiserstuhl“ stürzten zwei Bergleute in den Schacht. Beide waren sofort tot.

**London.** Die „Silba“-Katastrophe. Die South Western Eisenbahn erhielt aus St. Malo den offiziellen Bericht, daß die Gesamtzahl der Ertrunkenen 123 beträgt. 101 Passagiere waren an Bord und 28 Mann Besatzung, 6 wurden gerettet und 60 Leichen geborgen, darunter die des Kapitäns Gregory. 18 englische Passagiere erster Klasse waren an Bord, die alle ertranken, zumeist in der Londoner Gesellschaft bekannte Leute, die nach Dinard gingen.

**Wietzen.** Sie müssen das Tier auf Trümmern untersuchen lassen.

**2. Wertende.** Diedenhofen und Bionville sind 2 verschiedene Städte; Diedenhofen heißt französisch Thionville und liegt 28,7 Kilom. von Metz entfernt. Bionville ist ein Dorf im deutschen Bezirk Elsaß-Lothringen, Landkreis Metz. Die Entfernung Bionville's von Metz beträgt 21 Kilometer.

Die glückliche Geburt eines gesunden Knaben zeigen an  
**Wilh. Mett und Frau, geb. Steinfurt.**  
**Adolf Sulzmann**  
**Berta Sulzmann,**  
geb. Kerner,  
Bermühle  
Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten danken herzlich.  
D. D.  
Western morgen endete ein sanfter Tod die kurzen aber schweren Leiden unserer einzigen geliebten Tochter **Anna** im Alter von 2 1/2 Jahren. Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an die tieftrauernde Familie  
**Albert Lapp und Frau, geb. Engel,**  
nebst Sohn, Großeltern und allen Verwandten.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause, Biederstraße 42, ans statt.

  
Statt besonderer Meldung.  
Sonntag abend 7 Uhr starb infolge Herzschlages mein lieber Mann und meiner Tochter treu-sorgender Vater, der Schlachter  
**Fritz Legband**  
im 47. Lebensjahre, aufs tiefste betrauert und schmerzhaft vermisst von den Seinen.  
**Elise Legband, geb. Stamer.**  
Frei-straße 28.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 23. November, 10 Uhr, von der St. Lorenzkapelle ans statt.

**Zentral-Verband der Fleischer**  
und Bergengenossen Deutschlands.  
(Zustellstelle Lübeck)  
**Nachruf.**  
Am Sonntag den 19. November starb plötzlich infolge Herzschlages der Mitbegründer unserer Zugselle, der Kollege  
**Fritz Legband.**  
Ehre seinem Andenken.  
Beerdigung am Donnerstag den 23. Novbr., 10 Uhr, von der St. Lorenz-Kapelle aus.  
Versammlung der Mitglieder bei Meyer, Faden-burger Allee.  
**Der Vorstand.**

Für die herzliche Teilnahme und schönen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters sagen allen Verwandten und Bekannten, dem Mecklenburger Völkchenverein, sowie Herrn Pastor Pöhl für die trostreichen Worte am Grabe des Entschlafenen unsern herzlichsten Dank!  
**Frau E. Vernimb**  
und Kinder.  
Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich  
**W. Wegner und Frau,**  
geb. Wittow.  
**Eine Stube zu vermieten**  
Preis 4 Mark monatlich  
Dautwardstraße 10/6.



# Ausnahme-Angebot

in nur erstklassigen

## Schuhwaren.

Prima  
Fabrikate.

# 100%

**Rabatt**  
welche an der Kasse in Abzug gebracht werden

gewähre ich bei Bar-Einkauf  
von heute ab für nur kurze Zeit

auf alle Damen- und Herren-Stiefel.

# Hugo Haendler,

95 Breitestr. 95

# 20% Willi Westfeling 20%

Uhrmacher u. Juwelier. Lübeck, 33 Holstenstr. 33.

Wegen Abbruch des Hauses zwecks Verbreiterung der Holstenstr. beginne ich ab heute mit  
meines großen Lagers, bestehend in allen Arten  
Taschenuhren, Stand-, Regulateur-, Freischwinger u. Weck-Uhren,  
Gold-, Silber- und Alfenidewaren,  
und gebe auf sämtliche Waren **20% Rabatt!**

## Rabatt!

## Ausverkauf

## Rabatt!

**Sanftmützig.**  
Allen denen, die meinem lieben Bruder und  
Schwager die letzte Ehre erwiesen und seinen  
Sarg so reich mit Blumen schmückten, sowie dem  
Herrn Pastor Legmann für die vorzüglichen  
Worte am Grabe sagen hiermit meinen innigsten  
Dank.

**J. Karms und Frau,**  
geb. Dehnbach

Stube n. Stall 3. I. Jan. 3. Verm.  
Preis 60 RM. **Sanftmützig 42.**

Gesucht ein verlässlicher Mann als  
Aushilfsbedienter für c. H. Post bis  
1. März.

Off. mit Freimarke u. B V an die Adr. d. St.  
Wegen Erwählung meines lieben Schwagers

ein tüchtiges Mädchen,  
welches nähen kann, bei sehr hohen Lohn  
H. Scheel, Schützenstr. 10.

Ein guterb. Kinder-Blokmwagen  
zu kaufen gesucht. Off. mit Freimarke u. P M  
an die Adr. d. St.

**Jünglings-Paletot**  
zu verkaufen **Sanftmützig 64.**

Ein noch gut erhaltenes Kinderberühler  
mit Karosse und eine Sportkutsche zu ver-  
kaufen **Sanftmützig 11**

2 guterb. Damen-Winterpaletots billig  
zu verkaufen **Sanftmützig 37, 38/39**

Drei gut erhaltene Jodelts  
für das Alter von 12-14 Jahren zu verkaufen  
**Sanftmützig 9**

Gut erhaltene gebrauchte Bettische  
billig zu verkaufen **Sanftmützig 17.**

Verloren: Ein Portemonnaie mit  
21 Mark Inhalt.  
Bittet um gegen Belohnung Übergabe an  
St. 10.

Seine Bekanntschaft mit Joachim Niemann  
zu meiner Freude abzugeben.  
**Katharine Möller.**

# Grosse Tauben-Ausstellung

veranstaltet vom

## Lübecker Tauben-Klub von 1902

in Hasse's Gesellschaftshaus, Johannisstrasse 25  
am Mittwoch (Vorfahrt) den 22. Novbr. u. Donnerstag den 23. Novbr.  
Entree à Person 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.

**Atelier** für Zahntechnik  
und Zahnpflege.  
H. Schreiber, Wahrenstr. 8.

**Reisehandbuch**  
für wandernde Arbeiter.  
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte  
— Preis 1,50 Mk. —  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Feuerversicherung** schließt ab  
unter günstigen  
Bedingungen A. Besmann, Friedenstr. 47.

Zahntechnik, Polier- und Dekorations-  
arbeiten werden gar ausgeführt von  
Gurt Pannier, Reparatur und Dekorateur,  
Waisenhausstr. 31, II.

**Reclam's**  
**Bibliothek**  
in Taschenformat.  
à Bänden 20 Pfg.  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Lübecker Leih- und Vorkauf-Anstalt  
(vorm. öffentliches Leihhaus), 10 Schildstraße 10.  
**Der Ueberschuß**

aus der Auktion am 6. und 7. Nov. verkauften  
Sachen kann bis zum 2. Dez. ds. Jrs. abgeholt  
werden. Später wird er an die Auktionenanstalt ab-  
geliefert.

**Goldene u. silberne Uhren**  
werden ganz außerordentlich billig ver-  
kauft im Leihhaus Schildstraße 10.  
Geöffnet von 9 bis 2 Uhr.

Uhren reinigen . 1,50  
Federn einsetzen . 1,50  
1 Jahr Garantie. **10**  
Uhrgläser 1. Quat. 0,50  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Fugstraße 52.

**Musik**  
indesmente kauft man am besten und  
billigsten nur beim Fachmann  
**Herm. Haller, Instrumentenmacher**  
Evers Musikhaus  
Markt 3 und Kohlmarkt 12.  
Reparaturen prompt und billig.

# Schlaf

decken

in großer Auswahl

## Carl Karstadt

Holstenstraße.

Ein Posten in Baumwolle Stück 98 Pf.  
Ein Posten wollene 4 20 Mk.  
so weit Vorrat reicht.

## Pferdedecken

in gelb und dunkelblau

4<sup>50</sup> 6<sup>00</sup> 7<sup>00</sup> 8<sup>50</sup> usw.

## Panorama

Breitestraße 53, 1. Stg.

## Strassburg

vor und nach der Beschießung  
1870/71.

## Stadthallentheater.

Donnerstag den 23. Novbr., 8 Uhr.  
39 Abonn.-Vorst. 8. Donnerst.-Abend  
Novität!

## Augen rechts.

Komödie in 3 Akten von Jon Lehmann.  
Freitag, 24. Novbr. 7 1/2 Uhr.  
Zum 7. Male:

## Hoffmanns Erzählungen.

Gr. fant. Oper in 5 Akten v. Offenbach.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. Hermann Schulz, Lübeck, Holstenstr. 33. Druck: Druckerei v. H. Schmidt, Lübeck, Holstenstr. 33.



## Soziales und Parteileben.

**Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier.** Die empfindenden Maßnahmen der Unternehmern, die Sperre, Lohnkürzungen, vor allen Dingen auch die neue Arbeitsordnung haben, wie schon wiederholt berichtet, eine gewaltige Bewegung der Bergarbeiter hervorgerufen. Um die Bewegung in ruhigen Bahnen zu halten, sah sich die aus dem letzten großen Streik bekannte Arbeiterkommission veranlaßt, einzugreifen. Sie hat schon wiederholt getagt, Eingaben an Bülow und den Handelsminister gerichtet und endlich zum Sonnabend eine Revierkonferenz nach Essen einberufen. Die Tagesordnung dieser Konferenz lautete: 1. Eingabe betreffs Arbeitsordnung an das Oberbergamt; 2. Stellung zur Sperre; 3. Ausschlußwahlen. Die Konferenz war besucht von 181 Delegierten. Davon gehörten 76 dem alten Verband an, 75 dem christlichen Gewerksverein, 23 dem polnischen Verband und 7 dem Hirsch-Duncker'schen Gewerksverein. Zum 1. Punkt war Genosse Reichstagsabgeordneter Sachse als Referent bestellt, der folgenden Entwurf vorlegte und mit eingehender Begründung zur Annahme empfahl: „Die heutige im Sinne des Herrn von der La sagende, von allen Bergarbeitern und Mitgliedern des Oberbergamtsbezirks Dortmund und von den Becken Rheinpreußen“ vom Oberbergamtsbezirk Bonn besuchte Revierkonferenz wendet sich an das königliche Oberbergamt mit dem Ersuchen, der von den Becken eingezeichneten Arbeitsordnung die Genehmigung zu verweigern, weil sie in verschiedenen Punkten gegen das Gesetz verstößt. Erstens bestimmt § 93 b des Berggesetzes, daß die regelmäßige Arbeitszeit durch die Ein- und Ausfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden darf. Dann heißt es: „Eine Verlängerung der Arbeitszeit, welche zur Umgehung der vorstehenden Bestimmungen erfolgt, ist unzulässig.“ Dagegen schreibt die neue Arbeitsordnung im § 7 Ziffer 3 vor, daß die Dauer der Schicht für Aufschlagger am Tage, die Pferdereiber und die bei der maschinellen Förderung beschäftigten Arbeiter 9 Stunden beträgt. In keiner bisherigen Arbeitsordnung ist für diese Kategorie von Arbeitern eine neunstündige Schicht vorgesehen. Die regelmäßige Arbeitszeit betrug nach der alten bisher gültigen Arbeitsordnung für alle Arbeiter unter Tage 8 Stunden, von Beendigung der Seilfahrt bis zum Wiederbeginn derselben. Die neue Arbeitsordnung bringt also für die genannten Arbeiter eine Verlängerung der Arbeitszeit, was aber nach dem Gesetz unzulässig ist. Ebenso hat die regelmäßige Schichtdauer auch für die unmittelbar bei der Förderung, Verladung und dergleichen beschäftigten Arbeiter über Tage bisher überall nur 9 Stunden betragen. Auch für diese bedingt die neue Arbeitsordnung eine Schichtverlängerung von drei Stunden. Dann § 7 Ziffer 4 der neuen Arbeitsordnung schreibt für alle Tagesarbeiter eine zwölfstündige Schicht vor. Auch diese Verlängerung schließt der Tendenz des Gesetzes, den guten Sitten und dem Willen der Arbeitgeber ins Gewicht und sollte bei einigermaßen günstiger Auslegung nicht als zulässig erachtet werden. Zweitens ist in der neuen Arbeitsordnung § 8 Absatz 2 der letzte Satz nicht als dem Gesetz entsprechend anzusehen, weil er den zweiten Satz im § 93 b des Gesetzes aufhebt. Der erstere lautet: „Nach Ablauf der für die Seilfahrt festgesetzten Zeit haben die Arbeiter keinen Anspruch mehr auf die Seilfahrt“, während der letztere im Gesetz folgendes enthält: „Ein etwaiges Mehr der Ein- und Ausfahrt ist auf die Arbeitszeit anzurechnen. Diese Bestimmung wird sicher nur für die Einfachheit benutzt. Had da auf den weichen Becken die Belegschaft in einer halben Stunde nicht wird hinaufbefördert werden können, nach Ablauf der halbständigen Seilfahrt aber niemand mehr Anspruch auf die Seilfahrt hat, so sind die Arbeiter dadurch veranlaßt, nach Hause zu gehen und sich am anderen Tag schon vor der eigentlichen Seilfahrt zum Schacht und zu der Einfachheit zu drängen. Die Becken werden dann, wie bisher, bereitwillig vor der im

Anschlag bekannt gemachten Seilfahrtszeit die Leute hineinbefördern und dadurch wird die Bestimmung des Gesetzes illusorisch gemacht. Als Beweis dient der neueste Anschlag in bezug auf die Seilfahrt auf Becke „Polland“, wo vorgeschrieben wird, daß die ganze Belegschaft zehn Minuten vor Beginn der Seilfahrt im Besitze der Kontrollmarke sein muß. Wir möchten bitten, auch diesem Befehle die Genehmigung zu verweigern, weil er mindestens indirekt eine Gefährdung bedeutet. Drittens erachten wir auch die Zulassung von Ueberhöchsten, ohne vorherige achtstündige Ruhezeit, wie sie im § 10 der neuen Arbeitsordnung vorgelesen ist, als unzulässig, weil diese Bestimmung dem § 93 b Absatz 2 widerspricht, welcher eine achtstündige Ruhepause vor jeder Ueberhöchtheit vorschreibt. Welcher Unterschied soll zwischen dem Worte „Ueberhöchtheit“ und „Nebenhöchtheit“ liegen? Ein solcher Begriffsunterschied ist künstlich gemacht und bisher nirgends im Bergbau üblich gewesen. Hat der Arbeitgeber wirklich durch den Gebrauch dieser beiden Worte den Sinn hineinkriegen wollen, wie ihn der juristische Vertreter des Bergbauvereins auf Seite 61 seiner Broschüre heraushebt, so hätte auch der Arbeitgeber nach unserer Auffassung eine kolossale Falschrechnung bezogen, ja sogar die guten Sitten verletzt, weil, wie bereits bemerkt, eine solche Sitten nirgends bestanden, daß die direkt an die regelmäßige Arbeitszeit anschließende verlängerte Arbeitszeit eine „Nebenhöchtheit“ benannt worden sei, sondern beide sind bisher stets als Ueberhöchtheiten bezeichnet worden, deshalb müßte auch die im Gesetz vorgeschriebene achtstündige Ruhezeit vor jeder regelmäßigen Schicht ebenso wie vor jeder Ueber- oder Nebenhöchtheit streng durchzuführen werden. Dann wollte der Arbeitgeber wirklich durch diese Bestimmung eine Ruhezeit bagalisieren, so schlinge er sich damit geradezu selbst ins Gesicht. Denn erkennt man im § 93 b Absatz 2 das Gewerkschaftsrecht die Notwendigkeit einer Ruhepause an, so ist sie nach der regelmäßigen Schicht genau so zwingend als vor derselben. Eine solche Falschrechnung, wie sie der Bergbau-Verein aus dem letztgenannten Gesetzesparagraphen heraushebt, hat doch dem Arbeitgeber über herbeigeführt, weshalb wir des königlichen Oberbergamt ersuchen, die Arbeitsordnung nicht früher zu genehmigen, bis die achtstündige Ruhezeit vor dem Beginn jeder „Ueberhöchtheit“ darin enthalten ist. Weiterens verweist der Absatz 4 im § 12 der Arbeitsordnung direkt gegen den § 80c des Berggesetzes. Zu letzterem ist bei Nichtzustandekommen des Übereinstimmens die Zahlung des in der vorausgesetzten Lohnperiode gültig gewesenen Gehaltes für dieselbe Arbeitsstelle vorgeschrieben, hingegen nach § 12 Absatz 4 der neuen Arbeitsordnung soll für solche Fälle nur Zweierdrittel des durchschnittlichen Netto-Tageslohnabzuges während derselben Arbeitsstelle, welcher im vorausgesetzten Monat erreicht wurde, gezahlt werden. Eine andere dem Gesetzesparagraphen entsprechende Stelle befindet sich in der Arbeitsordnung nicht, mithin ist auch damit nur eine Umgehung des Gesetzes geplant, was unzulässig ist. Das königliche Oberbergamt wird also auch diese geplante Gesetzesverletzung nicht zulassen können. Hinzuzusetzen auch die Bestimmungen über die Wahl und Tätigkeit der Arbeiterauschüsse in der neuen Arbeitsordnung nicht allenhalten dem Inhalt des Gesetzes. Die Fassung des § 6 in diesen Bestimmungen ist eine solche, die nicht als etwasandere zu bezeichnen ist. Dann nach dieser darf auf den Stimmzetteln „nur von den Wählern“ kein äußerliches Kennzeichen angebracht werden. Da das Gesetz im § 80f Absatz 4 Ziffer 4 die geheime Wahl vorschreibt, so ist jedes Kennzeichen unzulässig. Um Streitigkeiten und Widersprüche zu vermeiden, ist es nötig, diese Bestimmung klar und deutlich dem Gesetz entsprechend abzuändern, was das königliche Oberbergamt veranlassen möge. Schließlich ist dann die

in § 12 Absatz 2 der Arbeitsordnung vorgelebene Einschränkung der Rechte des Arbeiterauschusses mit dem § 80f Absatz 2 des Gesetzes nicht in Einklang zu bringen. Denn nach dem Wortlaut des Gesetzes „hat“ der Arbeiterauschuss „Anträge“, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, die sich auf die Betriebe und Arbeitsverhältnisse des Bergwerks beziehen, zur Kenntnis des Bergwerksbesizers zu bringen und sich darüber zu äußern, während nach dem Wortlaut der angezogenen Stelle in der Arbeitsordnung alle Wünsche, Anträge und Beschwerden, welche lediglich die Angelegenheit Einzelner oder von Kameradschaften betreffen, von der Erörterung ausgeschlossen sind. Hier liegt also eine teilweise Erhebung des Gesetzes vor, welche das königliche Oberbergamt nicht zulassen kann. Auch bitten wir das königliche Oberbergamt, dahin zu wirken und seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Wahlrechtswahl mit gekunden Listen in allen Arbeitsordnungen Aufnahme findet, ebenso daß die Wahl eine wirklich geheime werde und die Arbeiterwahl nach den jetzigen Vorschriften des Wahlreglements zu den Reichstagswahlen für die Arbeiterauschüsse übernommen werde. Ebenso soll die Wahlbehandlung öffentlich sein und das Wahlergebnis sofort ermittelt und veröffentlicht werden. Ferner ist es erforderlich, die Zahl der Arbeiterauschussmitglieder auf 5 zu erhöhen und die Wahl alljährlich erfolgen zu lassen, die Stellvertreter aber wegzulassen zu lassen, damit nicht die Rechte es in der Hand hat, unliebbare Ausschussmitglieder abzulösen, um den Stellvertreter, der „Bekehrter“ ist, an den Posten zu stellen. Schließlich sollen die Betriebsverwaltungen auch in die Verwaltung der Unterstützungskassen mit einzuzurechnen haben, wenn sie keine Beiträge zu denselben zahlen. Ferner in die Unterstützungskasse nur die Gelder der Arbeiter, so sollen auch nur die von den Arbeitern gewählten Ausschussmitglieder unter Aufsicht der Betriebsverwaltung diese verwalten. Einer baldigen Verabschiedung der Beschwerden und Wünsche entgegengehend und um baldigste Erlebigung und Beantwortung bitten, gekürzt usw. — Die Eingabe wurde einstimmig angenommen. — Zum folgenden Punkt der Tagesordnung „Sperre“ beglaubigte Referent Ebert folgende Resolution: „Aus den Mitteilungen abgeleiteter Kameraden geht hervor, daß eine Reihe von Betriebsverwaltungen gegenständig ein Abkommen getroffen haben müssen, welches einer Aufhebung der Freizügigkeit der Bergleute gleichkommt. Den betreffenden Kameraden ist nämlich, als sie bei den Betriebsverwaltungen nach Arbeit anfragten, gesagt worden, daß ohne Ueberweisungsgeld aus der letzten Arbeitsstelle keine von anderen Becken abgehenden Leute angenommen werden könnten. Diese Vereinbarung der betreffenden Betriebsverwaltungen steht im schroffen Widerspruch mit dem als frei bezeichneten Arbeitsvertrage, auf den sich sonst stets die Unternehmer berufen. Die Betriebsverwaltungen haben eine scheinliche Sperre über die freie Bewegung der Arbeiter verhängt, die nicht mit dem geringsten Lohn und der schlechtesten Behandlung zufrieden sind. Durch dieses Abkommen haben es die Betriebsverwaltungen in der Hand, den Kameraden das unauskömmliche Gedulde aufzuzwingen und den wegen schlechter Arbeitsverhältnisse Abgehenden die anderen Becken zu verschließen. Andererseits gibt das Sperrsystem den Becken ein einfaches Mittel zur künftigen Aussperrung unliebsamer Arbeiter in die Hand. Man braucht ihnen nur keine Ueberweisungsgeld auszubehalten, dann laufen die so oft ungeliebten, vergeblich um Arbeit anfragend, von Becke zu Becke. Die tagende Revierkommission sieht in dieser Maßregel der Betriebsverwaltungen einen Verstoß gegen Treu und Glauben und das Gesetz über die Freizügigkeit. Auch wird der gesetzlich gewährleistete freie Arbeitsvertrag durch die genannten Maßnahmen illusorisch gemacht. Die Konferenz hält dieses Abkommen für unzulässig, als auch es die Arbeiter schuldlos der Willkür der Betriebsverwaltungen preisgegeben werden. Deshalb protestiert die Konferenz gegen die obigen Abmachungen der Unternehmer und schließt sich dem vor der

## Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild. Von Friedrich Gerstäcker.

(82. Fortsetzung.)

„Der alte Ursinn“, sagte Beddorf, „den sich die Professore in den Städten ausbrüten. Es ist gerade so, als wenn ich dem Fuchs Wortwiese machte, daß er ein Fuchs ist, und von ihm verlangte, er solle sich bei einem Schäfer als Schäferhund verhalten. Gott hat die Leute so erschaffen, wie sie sind, und ihnen das Land zum Aufenthalt gegeben, und wir können unser Verfahren, sie daraus zu vertreiben, nicht einmal mit der Entschuldigung beschönigen, daß wir ihnen das Land nehmen, um sie zu zivilisieren; denn es hat kein Mensch Zeit oder Lust dazu, sich damit abzugeben. — Aber das ist eine alte, schon hundertmal besprochene — und sehr nutzlose, für die Indianer freilich auch sehr traurige Geschichte. Den einzigen Trost haben sie in Kalifornien, daß ihnen das Blut nicht, wie in anderen Ländern, tropfenweise abgezapft wird, sondern daß ihnen hier kaum so viele Jahre, wie ihren Leidensgefährten Jahrzehnte, gegeben werden, sich einander zu begraben.“

Fischer hatte eine Weile nachdenkend vor sich niedergefallen, seine nächste Frage aber bewies, wie wenig er sich das Schicksal der eben besprochenen Indianer zu Herzen nahm.

„Ich bin merkwürdig neugierig“, sagte er, „ob wir was Geschötes finden werden — der Boden sieht gut aus, und daß schon in dem oberen Ton ein paar Körner flater, ist ein gutes Zeichen.“

Beddorf lächelte still vor sich hin. „Es ist doch ein wunderliches Leben, was wir hier führen“, rief er erdlich, „und ich gäbe was darum, wenn sie uns daheim einmal könnten so zusammen sitzen sehen, oder zuschauen, wie wir im Schwitze unseres Angesichts den Boden aufwühlen, um

ein paar Körner des gelben Metalls herauszuwaschen. Manchmal kommt es mir bei Gott so vor, als ob ich nur im Traum so arbeite.“

„Ich danke schön“, sagte Fischer — „wenn ich auch noch im Traum so haden und graben sollte, und Erde schleppen und alle wacklige Maschinen schütteln, da könnte der Böse das Leben holen, sobald er Lust hätte. Daß es uns übrigens ziemlich sonderbar vorkommt, ist eben kein Wunder, denn wir sind es wohl Beide früher anders gewohnt gewesen.“

„Aber hübsch ist's doch“, rief Beddorf aus, „holl' der Knack, nicht um Alles in der Welt möchte ich die Zeit ungeschaffen machen, die ich hier schone, wenn auch oft nutzlos, in dem harten Boden herumgehacht und gewühlt, wie ein wahnsinniger Maulwurf. Der wunderliche Waid, die freie, herrliche Luft, die Arbeit selber mit ihrer tüchtigen Bewegung.“

„Arm anzureifen“, sagte Fischer.

„Was tut's — wo sich der Körper so kräftigt, bleibt auch der Geist frisch, und für mich selber hätte ich keine bessere Lehrzeit wünschen können.“

„Na, wenn Sie das als Lehrzeit betrachten“, lachte Fischer, „dann wünsche ich, daß Sie diesen Morgen da in dem Loch drin ihr Gesellschaft machen und einen tüchtigen, faustbilden Klumpen herauspudeln — gebrauchen könnten wie ihn jedenfalls, denn wenn wir nicht bald etwas Ordentliches finden, sieht es mit unserem Kassenbestand erbärmlich dünn aus.“

„Was tut's, lachte Beddorf, „unsern Lebensunterhalt gewinnen wir immer.“

„So? Danke Ihnen; damit bin ich aber wenigstens nicht zufrieden“, rief sein Kampragon; „denn meine Absicht ist, mir hier ein kleines Kapital zusammenzuschlagen, um etwas damit beginnen zu können.“

„Dann rate ich Ihnen, lieber gleich etwas zu beginnen ohne Kapital“, und die schöne Zeit nicht durch fernsichtige

Lochgräberien zu vergenden. Glauben Sie endlich, daß wir je etwas Gscheidtes an Goldwert finden, um unsere Räder zu bezahlen?“

„Und glauben Sie das nicht?“

„Nein“, lachte der junge Mann.

„Ja, weshalb um Gottes Willen graben Sie denn da?“ fragte ihn Fischer erstarrt — „weshalb sind Sie überhaupt nach Kalifornien gekommen?“

„Allerdings in der Hoffnung“, sagte der junge Graf, „ja, eigentlich mit der festen Ueberzeugung, mir hier in kurzer Zeit ein bedeutendes Vermögen zusammenzuschlagen — und Tausende sind in derselben Absicht herübergekommen. Ich wollte unabhängig von meiner Familie in Deutschland werden. Diese schönen Phantasien haben sich aber schon nach dem ersten vier Wochen gründlich verloren, und ich bin jetzt so gebessert worden, daß ich gar nichts mehr erwarte. Habe ich dann wirklich etwas — denn daß wir unsern Tageslohn herauszuschlagen, ist eben kein Kunststück, und deshalb möchte ich keine Spähade auch nur anheben — desto besser — dann betrachte ich es als wirklich gefunden und kann mich darüber freuen.“

„Mit diesen Grundideen müssen Sie ein äußerst glückliches Leben in Kalifornien führen“, lachte Fischer — „aber genau genommen, bist' ich mich auch so wohl genug. Wir müssen zwar unsern Zwiebel und Käse vom Boden essen — Kleider haben wir ebenfalls nur notdürftig, und Nachts schlafen wir auf einer hölzernen mittelwässigen Matratze, von einer Region Fische gequält. Aber wußt in diesen Bergen auch wohl ein Mensch, was Sorgen sind? — Rummert man sich auch nur so viel um den nächsten Tag, ausgenommen, daß man hofft, einen Schatz zu finden? Nein, so lange ein Goldwäscher gesund bleibt — und wie ein Mensch in der Luft krank werden könnte, weiß ich gar nicht — so lange befindet er sich auch glücklich, und wenn ich wohl glaube, daß ich dies Leben einmal satt bekommen könnte, so wird mir die Entscheidung daran doch immer eine ganz liebe bleiben. Ich



